

Banken befeuern den Klimawandel

Banken investieren weltweit in grossem Ausmass in fossile Brennstoffe. Einige sind nun daran, ihre Praxis zu ändern. Ohne klare Regulierungen dauert der Wandel hin zu nachhaltigem Investment aber viel zu lange. **von Christine Schnapp**

Die Summe ist gigantisch. 1,9 Billionen Franken sollen Banken seit dem Pariser Klimaabkommen 2015 weltweit in Firmen investiert haben, deren Geschäftsmodelle auf fossilen Brennstoffen beruhen. Berechnet wurde diese Zahl von den Nichtregierungsorganisationen (NGO) Banktrack, Rainforest Action Network, Indigenous Environmental Network, Oil Change International, Sierra Club und Honor the Earth. In ihrem kürzlich veröffentlichten Bericht, der in diversen Medien besprochen wurde, «Banking on Climate Change», finden sich unter den 25 «Top-Täterinnen» auch zwei Schweizer Banken. Die Credit Suisse (CS) und die UBS haben zwischen 2016 und 2018 zusammen 84 Millionen Franken ins Geschäftsfeld «fossile Brennstoffe» investiert. Dabei geht es laut dem Bericht um Unternehmen und Projekte, die am Erdöl- oder Kohleabbau beteiligt sind, aber auch an umstrittenen Aktivitäten wie dem Fracking und Bergbau für Öl und Gas am Polarkreis.

Spitzenreiterin der Liste ist die US-Bank JP Morgan Chase, die im selben Zeitraum allein 200 Milliarden Dollar in fossile Brennstoffe investierte. Die

UBS hält in einem eigenen Bericht fest, sie habe in ihrer «Bilanz kein wesentliches klimabedingtes Risiko festgestellt» und die CO₂-intensiven Anlagen von 6,6 Milliarden Dollar im Jahr 2017 auf 2,7 verringert.» Und die CS lässt sich folgendermassen zitieren: «Die Credit Suisse anerkennt ihre Mitverantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels, indem sie den Übergang zu einer kohlenstoffarmen und klimaresistenten Wirtschaft unterstützt.»

Ein bisschen Grün geht doch

Die Schweizer Banken haben jedoch die Zeichen der Zeit erkannt, auch wenn sie noch auf Altlasten sitzen. Das müssen sie auch, denn die Nachfrage nach nachhaltigen Anlagemöglichkeiten, insbesondere vonseiten grosser Investoren wie zum Beispiel Pensionskassen, nimmt zu. Allein 2017 stiegen laut Swiss Sustainable Finance die nach Nachhaltigkeitskriterien angelegten Vermögen um 82 Prozent. 390 Milliarden Franken sind bereits so investiert. Allerdings gibt es an den diversen grünen Anlageprodukten auch Kritik. Tobias Reichmuth, Gründer des auf nachhaltige Infrastrukturanlagen spezialisierten Unterneh-

mens Susi Partners, sagte im Tages-Anzeiger dazu: «Es ist heute zu einfach, sich grün zu nennen.» Denn Banken können beispielsweise gleichzeitig in Gaspipelines und emissionsarmen Wohnungsbau investieren. Zudem sind die nachhaltigen und sozialen Anlagekriterien nicht definiert. Reichmuth: «Jedes Unternehmen darf heute von sich behaupten, ein nachhaltiger Investor zu sein.» Und jedes Unternehmen versteht unter Nachhaltigkeit etwas anderes. So sind Initiativen aus der Branche, wie etwa der Ausschluss von Waffenfirmen aus grossen Börsenindizes, zwar angedacht, aber noch nicht umgesetzt.

Die EU arbeitet derzeit daran, ökologische Anlageformen zu definieren – möglichst, dass sich die Schweiz dereinst von einem solchen Reglement inspirieren lassen mag. Manche Investoren setzen mangels klarer Richtlinien auf Ausschluss, sodass sie also gewisse Branchen nicht berücksichtigen, andere wiederum wählen etwa bei den Ölunternehmen diejenigen aus, die gemäss einer Liste sauber arbeiten sollen. Tobias Reichmuth meint dazu: «Ich glaube, es gibt keine saubere Ölfirma.» Ausschlusskriterien sind für ihn nicht falsch, selber arbeitet seine Firma aber mit harten Zahlen: «Wir messen, wie viel CO₂ mit jeder Investition eingespart wird.» Dabei rechnet man auch ein, wie viel CO₂ zum Beispiel bei der Erstellung eines Windparks verursacht wurde. «Netto lohnt sich ein Windpark bereits nach weniger als einem Betriebsjahr», so Reichmuth.

Und sie bewegt sich doch

Sogar die Schweizerische Nationalbank (SNB), die verschiedentlich für ihre Anlagepolitik kritisiert wurde, bewegt sich nun in dieser Frage. Als eine der weltweit letzten Notenbanken tritt sie einem Netzwerk bei, das Klimarisiken bei Geldanlagen beurteilt. Das inter-

nationale Netzwerk «Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System», dem 30 Nationalbanken und Aufsichtsbehörden angehören, wird jedoch mit seinen Richtlinien keine nachhaltigen Stricke zerreißen. Ziel des Netzwerks ist es, «lediglich, unverbindliche, gemeinsame Richtlinien für eine Finanz- und Anlagepolitik zu etablieren, welche die Risiken der Klimaerwärmung berücksichtigt», schreibt das Onlinemagazin Infosperber. Und noch im Dezember 2018 hat SNB-Sprecher Peter Kuster gegenüber Infosperber erklärt: «Der Ausschluss ganzer heute für die Wirtschaft wichtiger Branchen, deren Produkte auch von der Bevölkerung breit verwendet werden, liefe dem Grundsatz und Prinzip einer möglichst breiten Marktabdeckung zuwider.»

Ein Antrag der grünen Nationalrätin Adèle Thorens, das Nationalbankgesetz so zu ändern, dass der Auftrag der SNB Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit einschliesst, hat der Nationalrat im Dezember 2018 abgelehnt. In einer noch nicht abgeschlossenen Online-Petition verlangen hingegen 3380 Personen von der SNB, komplett aus den Investitionen in Kohle, Erdöl und Erdgas auszusteigen. Und die Uno hat kürzlich zu einer Reform des globalen Finanzsystems aufgerufen, ohne die die Ziele zur Eindämmung des Klimawandels nicht erreicht werden könnten. ■

*Bild links: Ist-Zustand.
Bild rechts: Soll-Zustand.*

